



Evangelische Verantwortung

Verantwortliche Flüchtlingspolitik – neue Konzepte für flexible Verfahren entwickeln

Barbara John

Politisch Verfolgten Schutz zu gewähren, ist ein Wert, der von den meisten Bürgern anerkannt wird. Fast ein selbstverständlicher Wert. Der Schutz vor politischer Verfolgung war den Vätern des Grundgesetzes so wichtig, daß sie ihn als Grundrecht ausgestalteten und ihm Verfassungsrecht gaben. Das geschah im Jahre 1949.

41 Jahre danach sind die Deutschen mit ihrem Flüchtlings-Aufnahmeverfahren in eine Sackgasse geraten. Ständig steigende Zuwanderungszahlen, geringe Anerkennungsquoten, jahrelange Entscheidungsverfahren, Verbleib abgelehnter Asylbewerber in Deutschland nach jahrelangem Verfahren – mit solchen Stichworten wird die Aufnahmepolitik in Deutschland immer wieder beschrieben, und zwar unverändert seit einem Jahrzehnt. Kein Wunder, daß die Flüchtlingspolitik die Ecke gedrängt ist. Schlimmer noch: Nicht nur die Politik ist total in der Defensive; die **Flüchtlinge selbst sind zu Angriffszielen geworden**. Das Land, dem Schutz von politisch Verfolgten heilig ist, muß mit ansehen, wie hier und da in zahlreichen Einzelfällen die nach Deutschland Geflüchteten von Deutschen bedrängt, gar mit dem Tode bedroht werden. Sicher, der Schutz im Aufnahmeland wird wieder herzustellen sein, so hoffen alle. Aber mit dieser Selbstverständlichkeit ist es nicht getan.

Die Krise, in der wir uns befinden, ist nicht zu meistern, wenn nicht Konzepte entwickelt werden für eine flexible Flüchtlingspolitik. Zuerst einmal für die Aufnahme derjenigen Flüchtlinge, die wirklich schutzbedürftig sind.

Geschieht das nicht, droht bei anhaltend starker, voraussichtlich noch

wachsender Asylzuwanderung bei der Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – ein totaler politischer Vertrauensverlust mit der Folge von weiteren Radikalisierungen.

Mißbrauch – Aggressionen

So lange die deutsche Asylpolitik sich darin erschöpft, mit gigantischem administrativen und juristischen Aufwand die richtigen (politisch Verfolgten) von den „falschen“ Flüchtlingen zu trennen, und zwar ausschließlich erst nach ihrer Einreise in Deutsch-



Barbara John:
Politische Versäumnisse beseitigen!

land, wird sich die Krise noch zuspitzen. Mehr und mehr Auswanderungswillige aus Osteuropa und aus Ländern der Dritten Welt werden nach einer Möglichkeit suchen, Aufnahme in Westeuropa zu finden. Mit unserem Aufnahmeverfahren scheint sich diese Chance zu bieten.

Wie soll jemand in Colombo oder in Addis Abeba, in Lagos oder in Bukarest mit den Feinheiten des deutschen Asylrechts vertraut sein? Natürlich kann gar kein Zweifel darin bestehen, daß viele Antragsteller herkommen, weil sie darin eine Chance sehen, ihre oft wirtschaftlich bedrückenden Lebensumstände zu verbessern. Umso größer die Enttäuschung, wenn die Bewerber dann feststellen, worauf sie sich einlassen müssen, nämlich auf jahrelange Untätigkeit, auf ein kaum durchschaubares, kompliziertes Verfahren, schließlich auf die Ausweisung. Warum hat man uns überhaupt erst aufgenommen, fragen viele am Ende der langen Prozedur.

Nicht wenige Politiker schieben den Flüchtlingen den „schwarzen Peter“ zu, so als hätten die Zuwanderer die Verantwortung für Asylgesetze und -verfahren in Deutschland. Aber keine Situation rechtfertigt, die Flüchtlinge zu diffamieren und ihnen Asylmißbrauch vorzuwerfen. Die Mißbrauchsdebatte lenkt nur in unserer Gesellschaft vorhandene Aggressionen auf eine ohnehin schwache Gruppe. Verantwortlich für das Asylrecht sind allein die Deutschen, die hier politisch handeln können.

Und auf dem Feld des Handelns gibt es viele politische Versäumnisse, sonst

wären die Asylbewerber nicht zu jahrelangen Verfahrensaufhalten hier, die ihre Selbstverantwortung schwächen.

Mit immer neuen, gleichwohl wirkungslosen Maßnahmen, z.B. Einrichten großer Sammelunterkünfte, Beschränkung der räumlichen Bewegungsfreiheit, Ausgabe von Gutscheinen versuchten die Behörden, die „falschen“ Flüchtlinge abzuschrecken. Vergeblich, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten, in denen die Zugangszahlen immer weiter stiegen.

Auf Biegen und Brechen soll künftig auf die Abschiebung von abgelehnten Bewerbern gesetzt werden. Die Abschiebebilder aus Bari könnten damit zur deutschen Alltagswirklichkeit werden. Massenabschiebungen sind aber das Gegenteil von verantwortlicher Flüchtlingspolitik. Sie entwerten die Flüchtlinge und erziehen möglicherweise Millionen von Zuschauern zu selbstgefälliger Überheblichkeit statt zu Mitgefühl.

Was ist zu tun?

Was ist zu tun? Wirksamer als bisher muß die Inanspruchnahme des Asylverfahrens auf jene beschränkt werden, die es wirklich brauchen. Das ließe sich u.a. dadurch erreichen, daß Anträge auf politisches Asyl, z.B. schon im Ausland in den deutschen Botschaften gestellt werden könnten. Im Bundesamt könnte durch eine Vorprüfung dann die Erlaubnis zur Einreise erteilt werden, um hier ein Asylverfahren durchzuführen. Diese Regelung kann heute für diejenigen Länder gelten, in denen es nach allgemeiner Auffassung keine unmittelbare Bedrohung für Leib und Leben gibt. Das ist in vielen Ländern Osteuropas der Fall.

Menschenrechtsbeauftragte, die im Rahmen von UNO- bzw. KSZE-Vereinbarungen an den Botschaften tätig sind, könnten die politische Situation vor Ort bewerten. Menschenrechtsfragen sind heute kein Privathobby, sondern immer Angelegenheit der Völkergemeinschaft. Einmischung ist also Verpflichtung und nicht Völkerrechtsbruch.

In Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen könnten zukünftig auch mehr Kontingentflüchtlinge aufgenommen

werden. Diese zügige Aufnahme wurde bei etwa zehntausend Vietnamesen Anfang der achtziger Jahre angewandt. Heute gelangen meist jüdische Zuwanderer aus der Sowjetunion auf diese Weise nach Deutschland. Die Aufnahme von Kontingentflüchtlingen in begrenzter Zahl hätte viele Vorteile:



Ausländer-Integration

Foto: Bundesbildstelle

- Sie eröffnet der Bundesregierung endlich wieder Handlungsspielräume, etwa bei der Auswahl der aufzunehmenden Flüchtlinge
- sie garantiert eine zügige Integration der aufzunehmenden Flüchtlinge, die sofort eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten könnten.
- Sie erspart teure und langwierige Asylverfahren.

Notprogramm auf europäischer Ebene

Gerade jetzt erleben wir, wie durch die unflexible Aufnahmepolitik erneut eine große Gruppe von Flüchtlingen ins Asylverfahren gezwungen wird. Es handelt sich um die Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien. Aber auch für sie gilt in der Regel: Entweder Asyl oder im günstigen Fall eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Da wird das durchorganisierte Asylverfahren in der Regel vorgezogen. Dabei könnte mit einem Notprogramm – möglichst auf europäischer Ebene – besser geholfen werden. Minimalstandards für ein solches Notprogramm wären:

1. Aufnahme und Unterbringung in Notunterkünften
2. medizinische Grundversorgung in akuten Fällen,
3. Schulbesuch,
4. zeitlich begrenzte Arbeitserlaubnis.

Das Notprogramm könnte das Asylverfahren ersetzen. Asylanträge sollten dann erst angenommen werden, wenn das Programm ausläuft und der Flüchtling bei Rückkehr befürchten muß, politisch verfolgt zu werden. Mit diesem Programm könnten die Notlagen der Flüchtlinge gemildert und das Asylverfahren entlastet werden.

Fluchtursachen beseitigen

Die Aufnahme von Flüchtlingen hat einen hohen Stellenwert bei uns. Aber ist das nicht ein Konzept, das überdacht und ergänzt werden muß?

Jeder muß sich im klaren darüber sein, daß uns nur wenige erreichen können. Flüchtlingspolitik, die sich damit begnügt, in Einzelfällen – auch wenn es zahlreiche sind – Schutz zu bieten, kann nur Fluchtfolgen mildern, aber nicht Fluchtursachen beseitigen. Aber darauf kommt es an. Erzwungene Wanderungen sind immer ein Problem. In erster Linie natürlich für die Flüchtlinge, aber auch für die Aufnahmegesellschaft, die für Wohnungen und Arbeitsplätze zu sorgen hat.

Wirksame Flüchtlingsvermeidungspolitik ist der Ansatz, den es auszubauen gilt. Der Bericht aus dem Bundesinnenministerium vom Herbst 1990 ist ein erster noch sehr unzureichender Schritt dazu.

Dabei sind die Voraussetzungen für diese neue Flüchtlingspolitik heute viel günstiger denn je. Die internationale Völkergemeinschaft hat sich zur Kooperation entschlossen, bei der Armutsbekämpfung bei Menschenrechtsverletzungen. Es bestehen erste Erfahrungen darin, Schutzzonen in Krisengebieten mit Hilfe internationaler Orga-

nisationen einzurichten und durch internationales Krisenmanagement zu schützen, wie es im Irak bereits geschehen ist.

Globale Verantwortung und internationale Kooperation

Migrationsvermeidungspolitik fordert von Deutschland mehr globale Verantwortung, mehr internationale Kooperation und viel mehr Mitteleinsatz, als wir mit der Aufnahme von politisch Verfolgten zu leisten bereit sind.

In der Debatte fixieren sich die Standpunkte auf den Artikel 16 des Grundgesetzes. Aber eine Asylgarantie aus dem Jahr 1949 ist wohl keine umfassende Flüchtlingspolitik, die den Fluchtursachen wirksam zu Leibe rückt.

Auch in der Öffentlichkeitsarbeit zum Flüchtlingsthema ist manches fragwürdig. Gibt es sie überhaupt, dann sind es meistens detaillierte Beschreibungen der unzumutbaren, menschenfeindlichen, politischen und wirtschaftlichen Zustände in den Heimatstaaten von Flüchtlingen. Die Botschaft, die dabei überkommt, lautet: Dort kann niemand leben, viele werden versuchen, hierher zu kommen, ist natürlich beunruhigend, aber keineswegs zwangsläufig.

Besser wäre es doch, wenn vor allem den Kleinmütigen, die Angst vor Flüchtlingen haben, erfahren, wie erfolgreich sich viele Flüchtlinge im beruflichen und sozialen Leben in Deutschland bewegen. Sie arbeiten als Ärzte, als Krankenpfleger, als Sozialarbeiter, als Facharbeiter. Sie tragen zum Steueraufkommen bei, ihre Kinder erwerben qualifizierte Schulabschlüsse.

Denn eins ist gewiß: Die gegenwärtige Misere und die großen Ängste in der Flüchtlingsfrage werden wir nur überwinden, wenn die Politik realistisch wird und wenn auch die Bürger genauer auf die Wirklichkeit schauen, anstatt sich von Bildern über die Wirklichkeit verwirren und ängstigen zu lassen.

Ann.: Barabara John ist Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin.

Asylverfahren in Deutschland

– Wege und Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der bestehenden Probleme –

Volker Bouffier

Vor der ständig steigenden Zahl der Asylbewerber wird letztlich seit Jahren ohne Erfolg versucht, den Mißbrauch unseres großzügigen Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten zu stoppen. Zugangszahlen, die Anfang der 80er Jahre noch bei 30.000 bis 40.000 Asylbewerbern pro Jahr lagen, haben Steigerungsraten von 600 bis 700 % erfahren. Erst Ende August wurden die Prognosezahlen um 20.000 auf vermutlich 240.000 Personen für dieses Jahr korrigiert. Dies bedeutet eine fast 25 %-ige Steigerung der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahr, bei gleichzeitiger Anerkennungsquote von deutlich unter 10 %.

Vor dieser eklatanten Diskrepanz zwischen ankommenden „Flüchtlingen“ und tatsächlich politisch verfolgten Menschen, die alleine das Grundrecht auf Asyl nach dem GG in Anspruch nehmen können, hat sich die aktuelle politische Diskussion zwischen den politischen Parteien und ihren führenden Vertretern entwickelt. Die Hauptlast der Bewältigung des Problems haben dabei die Gemeinden, Städte und Kreise in der gesamten Bundesrepublik incl. der neuen Bundesländer zu tragen. Unvorbereitet, ohne Hilfe und ohne absehbares Ende, werden die finanziellen, organisatorischen und personellen Auswirkungen dieser verfehlten Entwicklung in der Asylpolitik ständig bei den Kommunen abgeladen. Dort besteht die Unterbringungs- und Betreuungsproblematik, bei gleichzeitig deutlich sinkender Akzeptanz in der einheimischen Bevölkerung und bei zunehmender Unmöglichkeit der Unterbringung.

Lösungsvorschläge

Vor diesem allgemeinen, aber in der Dimension gleichzeitig erschreckenden Hintergrund und bei fehlender Bereitschaft zum gemeinsamen politischen Handeln diskutieren die Politiker auf Bundes- und Landesebene „Lösungsvorschläge“, die aus der praktischen Sicht der derzeitigen Verfahrensabläufe und vor dem Hintergrund vieler bereits früher abgelehnter Beschleunigungsvorschläge grotesk anmuten. Die Vorschläge reichen vom Einwanderungsgesetz über die Quotenregelung bis hin zur erkennungsdienstlichen Behandlung der Asylbewerber und ihrer Unterbringung in großen Gemeinschaftsunterkünften in Bundes- oder Länderverantwortung.

Da aber die rechtlichen Gestaltungsspielräume unter Einbeziehung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und der Praktikabilität des Verfahrens unterhalb der Grundgesetzebene für vernünftige und sachgerechte Lösungen nicht mehr vorhanden sind, bleibt nur als erster Schritt einer Änderung die **Grundgesetzergänzung** bei Art. 16 mit nachfolgender gesetzlicher Regelung eines „beschleunigten Prüfverfahrens zur Feststellung von individuellen Asylgründen“.

Rechtsweg auf eine Instanz beschränken

Bei diesem wesentlichsten Schritt, dem Asylmißbrauch zu begegnen, der Änderung und Einschränkung des Grundrechts auf Asyl mit einem sogenannten Gesetzesvorbehalt, ist eine Gemeinsamkeit der Politik zur Zeit nicht zu erkennen. Gleichwohl wird dieser Schritt unumgänglich, um ein völlig neues, rascheres und der großen Zahl der Asylzugänge gerechtwerdendes Verfahren zu erreichen. Alle bisherigen Beschleunigungsversuche im alten Verfahren wurden und werden auch zukünftig durch die große Masse der Ankommenden ad absurdum geführt. Die Verwaltung kommt im Verfahrensgang und in der Durchführung den vielfältigen gesetzlichen Regelungen, sowie mit der Vielfalt der Rechtsmittel nicht mehr nach. Die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens mit einigen Verbesserungen würde für die Verwaltung immer wieder nur bedeuten, daß sie durch die zahlenmäßigen Zugänge überrollt würden.

Das der Grundgesetzänderung nachfolgende Gesetz, anknüpfend an den eingeführten Gesetzesvorbehalt,

müßte neben klaren, schnellen und bundesweit einheitlichen Verfahrensregelungen festlegen, daß auch der Rechtsweg auf nur eine Instanz beschränkt bleibt und sich nur gegen den das Asylbegehren ablehnenden Bescheid richten kann. Hier wäre zuvor sicher auch eine Grundgesetzänderung bei Artikel 19 GG (Rechtswegegarantie) erforderlich. Schließlich müßte für die in diesem schnellen Verfahren Abgelehnten die kurzfristige Abschiebung mit wirklichen Durchgriffsmöglichkeiten der Verwaltung – ebenfalls bundeseinheitlich – geregelt sein.

Begleitende Maßnahmen

Dieser Rahmen des gesetzlich für notwendig Erachteten muß begleitet werden von einer handhabbaren Verwaltungspraxis, die keine Schlupflöcher für Extraregelungen abseits der festgelegten Verwaltungswege zuläßt. Daher müßten z.B. begleitende Maßnahmen zum Ziel haben:

- Die gesetzlichen Regelungen müßten so gestaltet sein, daß der Zeitrahmen von 4 – 6 Wochen – vom Eintreffen im Bundesgebiet bis zur Abschiebung – nicht wesentlich überschritten wird.
- Die Asylbewerber dürften sich während dem Verwaltungsverfahren nicht durch Untertauchen entziehen können. Feste Gemeinschaftsunterkünfte mit allen Verwaltungseinrichtungen wären daher Voraussetzung.
- Aufenthaltsbeschränkungen auf einen Ort müßten während dieser Zeit vorgesehen werden. Dabei müßten negative Auswirkungen (fehlende Mitwirkungspflicht) auf das Asylbegehren bei Zuwiderhandlungen Folge sein.
- Die Anreize zum Kommen in die Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorwand des Asylbegehrens müßten entfallen. Die Sozialhilfe dürfte nicht mehr als Bargeldzahlung geleistet werden; nur Naturalleistungen unterhalb der Sozialhilfesätze dürften während der Zeit des Aufenthaltes gewährt werden.
- Die Einreise und die Bearbeitung der Anträge auf „Asyl“ dürften nur noch mit Personalpapieren des Heimatlandes – zwecks Identitätsprüfung/-feststellung – erfolgen. Andernfalls müßte die Zurückweisung des Begehrens folgen oder aber erkennungsdienstliche Verfahren für



den Betreffenden vorgesehen werden. Ein Datenverbundnetz zwischen allen Aufnahmestellen müßten zur Identitätsfeststellung und zur Vermeidung von Mehrfachanträgen bzw. Mißbrauch installiert werden.

- Daneben wäre vorzusehen, daß nach abgelehnten „Asylanträgen“ Folgeanträge nicht mehr statthaft sind und Rechtsmittel innerhalb des Verfahrens entfallen.
- Der rechtskräftigen Ablehnung müßte die unmittelbare Abschiebung folgen.

Mit diesen verfahrensmäßigen Vorschlägen und den dazu erforderlichen gesetzlichen Regelungen könnte dem jetzigen Asylmißbrauch entgegengewirkt und gleichzeitig ein Verfahren installiert werden, mit welchem ein Großteil der unberechtigt Asylbegehrenden kurzfristig zurückgeschickt werden könnten.

Mißbrauchsmöglichkeiten

Im Gegensatz dazu ermöglicht das heutige Verfahren alle nur denkbaren Mißbrauchs- und Verzögerungsmöglichkeiten, die vom Gesetzgeber bei Schaffung des Grundgesetzes auf Asyl und der nachfolgenden rechtsstaatlichen Verfahrensschritte niemals auch nur angedacht oder bedacht worden sind. Die Skala reicht von den nicht zu ahndenden Ordnungswidrigkeiten (z.B. Verstoß gegen die Aufenthaltsbeschränkungen) bis hin zu Straftaten (z.B. Schwarzfahren im ÖPNV durch die ganze Bundesrepublik, Diebstahl und Drogendelikte), die ohne Auswirkungen auf das Asylverfahren bleiben, bis hin zum Abtauchen der Asylbewerber in die Illegalität, die es der Verwaltung vielfach unmöglich machen, die Asylverfahren rasch durchzuführen bzw. zum Ende zu bringen.

Gerade aber bei der großen Zahl der verschwundenen Asylbewerber muß vermutet werden, daß diese sich weiterhin unrechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und entsprechend illegal ihren Lebensunterhalt – auch mit Straftaten – bestreiten.

Die Ursachen für solche Auswüchse müssen natürlich in der großen Zahl der Ankommenden gesucht werden, die das Grundrecht auf Asyl nur als Vorwand zur „legalen Einreise“ in unser Land verstehen

und weder individuelle politische Verfolgung vorbringen können, noch ein Interesse am Fortgang ihres Verfahrens haben. Damit erklärt sich dann auch die hohe Ablehnungsquote bei den Asylanträgen von mehr als 90%

Abschließend ist auch noch auf die in dieses Verfahren zu investierenden Steuergelder hinzuweisen, die sicher als gezielte Entwicklungs- und Aufbauhilfe in den Herkunftsländern der Asylbewerber besser anzulegen wären. So rechnet das BMI z.B. mit einer Zahl von rund **10.000 DM/pro Asylbewerber/pro Jahr** an Kosten. Übernimmt man nur diese Zahl, ohne danach zu fragen, ob alle Leistungen und Verwaltungskosten enthalten sind, so ergibt sich daraus für 1991 bei vermutlich 220.000 nicht anerkannten Asylbewerbern eine Summe von ca. 2,2 Milliarden DM.

Diese horrende, sicher nicht alle **Kosten** beinhaltende Summe ließe sich humaner und **zum Nutzen von vielen Menschen in ihren Heimatländern einsetzen**. Gleichzeitig blieben uns in der Bundesrepublik Deutschland Probleme erspart, die wir in unserem Lande nicht mehr zu lösen in der Lage sind bzw. die jetzt schon gespenstisch und dunkel im Hintergrund auftauchen. Es muß der Weg zu einem neuen, rascheren und effizienteren Verfahren gegangen werden, um letztendlich auch den wirklich politisch Verfolgten einen sicheren Zufluchtsort in unserem Land geben zu können.

Ann.: Volker Bouffier, MdL, Staatssekretär a. D., innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Hess. Landtag, heute Rechtsanwalt u. Notar. Von Mai 1987 bis Jan. 1991 Justizstaatssek. in Hessen und dort gerade auch wesentlich mit den Beschleunigungsversuchen beim Asylverfahrensgesetz (Frühjahr 1989) befaßt. In seiner Heimatstadt Gießen, in der er auch als Stadtverordneter tätig ist, befindet sich Hessens z.Z. größte Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber mit bis zu 800 Bettenplätzen.

Asylrecht im vereinten Europa

– Einer Lösung der Sachfragen näherkommen –

Jochen Borchert

Die gegenwärtige Asylrechtsdebatte ist ebenso heftig wie verwirrend. Zwei schwierige Fragen sind miteinander verknüpft: 1. Kann Deutschland Einwanderungsland sein? 2. Was können wir tun, um die wachsende wirtschaftliche Not nicht nur in Ländern der Dritten Welt, sondern auch des ehemaligen kommunistischen Machtbereichs, die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Flüchtlingswelle, zu stoppen?

Zunächst muß festgehalten werden:

Ausschreitungen gegen Ausländer und Übersiedler, Überfälle auf Asylantenheime sind Rechtsbrüche, die in unserem Rechtsstaat nicht geduldet werden. Gewalttäter sind entsprechend unseren Gesetzen zu bestrafen. Ihrer Verurteilung solcher Ausschreitungen einer verschwindend kleinen Minderheit von Radikalen sind sich alle demokratischen Parteien einig.

Klar zu trennen von solchen Ausschreitungen sind die gegenwärtigen Diskussionen von Politikern und Bürgern und Bürgerinnen über eine mögliche Änderung des deutschen Asylrechts gemäß Artikel 16,2 des Grundgesetzes. 69 % der Bundesbürger in den alten und 64 % in den neuen Bundesländern haben sich im September dieses Jahres für eine Änderung des Asylrechts ausgesprochen.

Sind die Deutschen deswegen radikal oder ausländerfeindlich? Das Institut für Demoskopie in Allensbach, das die Meinungen erfragt hat, stellt fest: die Bevölkerung drängt auf rasche Entscheidungen. In dieser Hinsicht besteht zwischen den Wählern der großen demokratischen Parteien kaum ein Unterschied. 64 % der SPD-Wähler, 68 % der FDP-Wähler und 81 % der CDU-Wähler sind für eine Änderung des Grundgesetzes, also in allen diesen Parteien eine große Mehrheit. Es wäre „riskant“, so Allensbach, „die akute Besorgnis der Bevölkerung zu diffamieren und sie in die Nähe der Geisteshaltung extremistischer Gewalttäter zu bringen“.

Deutschland ist kein fremdenfeindliches Land. Das deutsche Asylrecht ist das freizügigste überhaupt. Ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern mag dies verdeutlichen. 1990 hat Deutschland mehr als 193.000 Asylbewerber aufgenommen. Das ist fast die Hälfte aller Asylbewerber in Europa.

Frankreich, das klassische Zufluchtsland für Asylanten, hatte im gleichen Zeitraum 56.000, Großbritannien 30.000, die Schweiz 35.850, Österreich und die Niederlande je ca. 20.000 Asylbewerber.

Alle Länder Europas sehen sich einer steigenden Flut sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge gegenüber und müssen sich deswegen zu einem gemeinsamen Handeln entschließen. Und zwar auf zwei Gebieten: 1. Gemeinsame Maßnahmen einer verstärkten Entwicklungshilfe, um das Entstehen von Wirtschaftsflüchtlingen in den Ursprungsländern zu verhindern. 2. Änderung ihres jeweiligen Asylrechts mit dem Ziel eines einheitlichen europäischen Rechts. Ansätze für ein europäisches Asylrecht gibt es bereits.

Europäischen Beratungsprozeß mitgestalten

Am 1.1.1993 tritt die EG in die Phase einer engeren wirtschaftlichen und rechtlichen Gemeinschaft ein. Dann beginnt auch ein einheitliches Asylrecht in der EG. Weil aber Gemeinschaftsrecht nationales Recht bricht, wird die Bundesrepublik ihr Asylrecht ändern und an die künftige europäische Regelung anpassen müssen. Unser Asylrecht muß mit unseren Nachbarn abgestimmt werden. Deshalb muß rechtzeitig die Initiative ergriffen werden, um im gegenwärtigen europäischen Beratungsprozeß mitgestalten zu können.

Auch die Bundesrepublik hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Sie hat sich damit verpflichtet, ihr Asylrecht an die Flüchtlingskonvention anzugleichen. Oberstes Ziel muß dabei sein, den Mißbrauch des Rechts auf politisches Asyl auszuschalten, damit die wirklich politisch Verfolgten Schutz genießen. Genau darum geht es der CDU mit ihren Vorschlägen zu einer Änderung des

Artikels 16,2 GG. Einen Formulierungsvorschlag hat Innenminister Schäuble vorgelegt. Artikel 16 GG wird durch folgenden Absatz 3 ergänzt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt oder in einen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht; das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Dieses Gesetz kann bestimmen, daß Asylbewerber aus Staaten, auf die die Voraussetzungen des Satzes 2 zutreffen, an der Grenze zurückgewiesen werden können oder ihr Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes unverzüglich beendet werden kann“.

Das Ziel dieser Änderung ist klar: Politisch Verfolgte erhalten weiterhin in Deutschland Asyl. Aber Deutschland ist deswegen kein Einwanderungsland. Das anerkennt übrigens auch die EKD, wenn sie kürzlich eine rechtsstaatliche Entscheidung über eine Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen forderte.

An der Quelle beginnen

Natürlich erwartet die CDU von einer Ergänzung des Artikels 16 GG keine Lösung des Problems der wachsenden Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge. Wer diesen Strom stoppen will, muß an der Quelle beginnen. Es gilt, die wirtschaftliche Not in den betroffenen Ländern zu lindern. Daß Deutschland allein dieses Problem nicht lösen kann, ist allen Einsichtigen klar. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Not außerhalb der EG ist eine gesamt-europäische Aufgabe und kann nur im Verbund mit unseren Partnern innerhalb der EG in Angriff genommen werden. Daß die Mitgliedsländer der EG hier mehr als bisher tun müssen, ist ebenfalls klar.

Die Bundesregierung hat aus dieser Erkenntnis Konsequenzen gezogen und – trotz der enormen zusätzlichen finanziellen Belastungen durch den Wiederaufbau in den fünf neuen Bundesländern – den Haushalt des Ministeriums für Entwicklungshilfe für 1992 um 584 Millionen DM auf 8 Milliarden DM aufgestockt.

Anm.: Jochen Borchert MdB ist der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Einwanderungspolitik in Israel

Klaus Weigelt

Israel ist ein kleines Land, ungefähr so groß wie Hessen – ohne die besetzten Gebiete –, mit knapp 5 Millionen Einwohnern, von denen etwa 800.000 Araber sind. Israel ist ein Einwanderungsland. 1948 lebten dort erst 800.000 Menschen, 650.000 Jugend und 150.000 Araber. Seitdem hat sich die Bevölkerungszahl versechsfacht. Dieser Zuwachs ist im wesentlichen auf die Einwanderung von Juden aus aller Welt zurückzuführen. Der seit 14.5.1948 bestehende, von David Ben Gurion begründete freie Staat Israel gab sich 1950 das „Rückkehrgesetz“, in dessen Art. 1 es heißt, daß „jeder Jude berechtigt ist, nach Israel einzuwandern“ – und damit israelischer Staatsbürger zu werden. Von diesem Recht haben seither viele Juden Gebrauch gemacht.

Den fünf Einwanderungswellen (Alijot) seit der Jahrhundertwende bis 1948 folgten weitere fünf, von denen bisher die nach der Begründung des Staates Israel die größte war. Die heute in Israel lebenden Juden kommen aus dem euro-amerikanischen (1989 = 38%) und aus dem afro-asiatischen (1989 = 42%) Bereich. Die Zabarim, die in Israel Geborenen, sind mit 20% (1989) immer noch eine Minderheit. (vgl. Michael Wolffsohn, Israel, 3. Aufl. Opladen 1991)

Seit Ende 1989 läuft die bisher größte Einwanderungswelle (Alija). Vor zwei Jahren öffneten sich die Grenzen der UdSSR, während gleichzeitig die USA russischen Juden das Recht auf politisches Asyl erschweren. So vereinbarten Israel und die UdSSR Direktflüge, und der Anteil der nach Israel kommenden russischen Juden erhöhte sich enorm: 1990 kamen 200.000, 1991 monatlich etwa 15.000, so daß insgesamt bisher ca. 350.000 russische Juden in knapp zwei Jahren nach Israel eingewandert sind, eine riesige Zahl für ein so kleines Volk.

Gründe für die Einwanderungen

Warum kommen sie? Israel Szabo, Direktor des Jugendbildungszentrums „Bet Rutenberg“ in Haifa meint, „weil Israel das einzige Land mit offener Tür ist, das einzige Land, in dem man gegen Einwanderer nicht demonstriert.“

Frau Sarah Doron, Vorsitzende der Likud-Fraktion in der Knesset, weist stolz auf die hohe Zahl der Einwanderer hin und betont: „Wir sind sehr froh darüber. Wir erwarten insgesamt eine Million!“

Und Bürgermeister Shlomo Lahat von Tel Aviv berichtet einer Delegation der Bundeszentrale für politische

Bildung, daß die Händler auf dem städtischen Wochenmarkt in einer Privatinitiative übereingekommen seien, jeden Donnerstag gegen Abend nicht verkaufte Güter – insbesondere Obst und Gemüse – abzupacken und den Einwanderern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.



Israelische Jungebürger aus der Sowjetunion beim stadtkundlichen Rundgang in Jaffa Foto: K. W.

Diese positiven Reaktionen sind nicht verwunderlich; sie machen deutlich, daß die Einwanderung von Juden aus der Diaspora zum Kern der Legitimation für den Staat Israel gehört und deswegen von allen Kräften zu fördern ist. In der Freude schwingt aber auch Erleichterung mit, denn Israel hat es seit 1973 verstärkt auch mit Auswanderung zu tun. Das Leben im Lande ist hart, in der Diaspora – vor allem des Westens – dagegen angenehm; Israel verlangt von allen jungen Menschen – Männern wie Frauen – drei Jahre Militärdienst in einer ständig bedrohten Lage; die „Selbstzweifel vieler Israelis“ haben zu Verhaltensänderungen ihrem Land gegenüber geführt, die Zahl der „Noch-nicht-Zurückgekehrten“ ist hoch: zwischen 300.000 und 500.000 Israelis leben ständig in den USA (vgl. Wolffsohn).

Die positive Einstellung gegenüber Einwanderern und die Fürsorge für sie ist also verständlich, obwohl sich Israel mit diesen Menschen auch ungeheure Probleme aufhast: **Arbeitslosigkeit** und **Wohnungsnot** seien die größten Herausforderungen nach der nationalen Sicherheit, sagt Frau Doron, und man fragt sich angesichts der wirtschaftlichen Lage, wie Israel die Probleme bewältigen will. Der Staat allein kann es nicht, obwohl er im Wohnungsbau Beachtliches leistet: da wurde in Beer-Sheva eine neue Siedlung mit 20.000 Häusern innerhalb eines Jahres fertiggestellt. Ebenfalls in Beer-Sheva gibt es ein riesiges Camp mit Trailern oder sogenannten „Prefabs“, vorgefertigten, 20 Quadratme-

ter großen Wohneinheiten, in denen Familien übergangsweise untergebracht werden.

Jeder Einwanderer erhält eine Wohnung, für die er bezahlen muß. Während des ersten Jahres lebt er steuerfrei, kann ebenfalls steuerfrei Geräte und Einrichtungsgegenstände beziehen, erhält Sprachunterricht, Ausbildung oder Umschulung, Spenden, Hilfe bei der Arbeitsbeschaffung und ein Eingliederungsgeld, das für eine Familie mit zwei Kindern 17.000 Shekel beträgt. Das ist nicht viel – das Minimum der Lebenshaltungskosten für eine vergleichbare Familie in Israel wird mit ca. 3.000 Shekel im Monat angegeben – aber es ist eine Eingliederungshilfe, die zur Eigeninitiative anreizt; die Monatsmiete für einen „Prefab“ beträgt 300 Shekel.

Öffentliche und private Unterstützung

Die Einwanderung aus der Sowjetunion wird von Israel Szabo, zu dessen Aufgaben in „Bet Rutenberg“ die Ausbildung von jugendlichen Einwanderern gehört, als „qualitativ sehr hochstehend“ bewertet; die Menschen seien sehr bescheiden, oft lebten drei bis vier Familien in einer Wohnung. Viele Intellektuelle seien unter den Einwanderern, allein über 5.000 Ärzte, 500 Musiker und viele Ingenieure. Im „Zentrum für sowjetische Einwanderer“ in Jerusalem wird klar gesagt: „Wir brauchen nicht so viele Ärzte, Ingenieure und andere Spezialisten. Darum ist die Arbeitsbeschaffung – z.B. auch für Wissenschaftler – ein besonders großes Problem.“

Beispiel für die **öffentliche und private Zusammenarbeit in dem Bereich der Einwanderung** ist das Jerusalemer Eingliederungsprojekt (Jerusalem Aliya Absorption Project), das alle diesbezüglichen Aktivitäten koordiniert und auf der städtischen wie auf der Nachbarschaftsebene arbeitet.

Auf der kommunalen Ebene werden Grundstücke für „trailer parks“ (Behelfswohnwagen) ausgewiesen, Arbeitsbeschaffung organisiert – „employment fairs“, also Beschäftigungsmessen werden viermal im Jahr veranstaltet, auf denen sich Arbeitgeber und Arbeitssuchende treffen können –, Freizeitprogramme geplant – überall in Tel Aviv und Jerusalem trifft man auf russisch sprechende Gruppen, denen bei Stadtführungen die Geschichte des Landes erklärt wird – und ein zentrales Warenhaus eingerichtet, in dem die Olim (Einwanderer) gratis oder gegen ein geringes Entgelt Einrichtungsgegenstände und Kleidung aus Spenden erwerben können.

Von besonderer Bedeutung ist der Sprachunterricht, denn die jüdische Kultur ist auch unter den gebildeten Einwanderern wenig entwickelt: jiddisch oder gar hebräisch kann kaum einer. So gibt es in Jerusalem 13 Sprachschulen, in denen 55 freiwillige Helfer mitwirken, um über 200 Klassen Unterricht zu erteilen. Die Schüler aller Altersklassen erhalten 5 Monate

lang täglich fünf bis sechs Stunden Unterricht, die Senioren (über 65) 10 Monate lang drei mal vier Stunden die Woche.

Einwanderer – Teil der ganzen Gemeinschaft

Zur Sprachausbildung gibt es einen Begleitunterricht in den Fächern Judentum, Diaspora, Kibbutzim, Minderheiten, Medien, Demokratie, Polizei und Militär. Der Besuch einer solchen Sprachschule gibt Aufschluß über die positive Grundstimmung unter den Einwanderern. Dazu trägt natürlich auch die Unterstützung auf der nachbarschaftlichen Ebene bei, die in Jerusalem in 13 Gemeinden organisiert ist. In einem Arbeitspapier heißt es dazu: Die Botschaft für den Oleh (Einwanderer) ist klar; er wird nicht als Gegenstand einer externen Bürokratie behandelt, sondern er ist Teil unserer ganzen Gemeinschaft.

Anm.: Klaus Weigelt ist Institutsleiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling bei Bonn.

Probleme der Jugendarbeit in den neuen Ländern

Von Rüdiger Scholz

Über vierzig Jahre gab es in der DDR kaum selbstorganisierte Jugendarbeit. Ausnahmen bildeten die kirchlichen Jugendgruppen, die jedoch nur einen geringen Teil der Jugendlichen erreichten. Die staatlich gelenkte Presse verhinderte zudem, daß die Angebote dieser Gruppen eine breite Öffentlichkeit erreichten.

Staatliche Bevormundung der Jugend

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als alles beherrschende Staatsjugendorganisation mit mehreren Tausend hauptamtlichen Kräften hatte Einfluß auf alle Bereiche der Gesellschaft, in denen Jugendliche tätig waren oder auftraten. Die FDJ-Strukturen reichten bis in die Betriebe, Universitäten und die Armee. Überall wurde sie ihrer Rolle als Kampfesreserve der Partei (SED) gerecht. Die Jugendlichen in der DDR wurden zwangsläufig immer wieder mit der FDJ konfrontiert.

Sich der Mitgliedschaft zu entziehen, war in der Regel mit Nachteilen verbunden. Deshalb war der Organisationsgrad extrem hoch. Trotz Mitgliedschaft standen die meisten Jugendlichen (dies zeigte der Herbst 1989) nicht hinter der FDJ.

Nicht wenige Jugendliche nutzten die Mitgliedschaft in der FDJ, um die Freizeitangebote wahrzunehmen, die von der Organisation bzw. deren Reisebüro Jugendtourist durchgeführt wurden. Mehrtägige und mehrwöchige Fahrten in Jugendlager waren fast nur über diesen Weg zu erhalten. Dem jeweils ideologisch ausgerichtetem Programm solcher Jugendlager entzogen sich viele.

Selbstorganisation der Jugend während der Wende

Mit der Wende in der DDR verlor die FDJ schlagartig ihre alles beherrschende Rolle. Innerhalb weniger Wochen erklärten Hunderttausende von Mitgliedern ihren Austritt. Viele Jugendliche vollzogen nicht einmal mehr diesen formalen Schritt, sondern waren einfach froh, daß es vorbei war.

Parallel dazu bildeten sich schon im Verlauf des November 1989 zahlreiche neue Jugendorganisationen. In diesen selbstorganisierten Jugendverbänden wollten Jugendliche nun endlich frei von Zwängen und Anweisungen eigenständig Jugendarbeit leisten.

Diese neuen Jugendverbände, aber auch die alte FDJ, bildeten den Runden Tisch der Jugend, aus dem dann der Demokratische Jugendbund (DJB) der DDR hervorging. In ihm organisierten sich sowohl politische, als auch konfessionelle und andere Jugendverbände.

In den ersten Monaten nach der Wende beschäftigten sich die neuen Verbände hauptsächlich mit der Hinterlassenschaft der alten FDJ und dem Versuch, das Kapital und die Immobilien der FDJ nun für die demokratische Jugendarbeit zu sichern.

Dieser Versuch muß im Nachhinein als weitgehend gescheitert angesehen werden. Lediglich die Mittel des ehemaligen Kontos junger Sozialisten der Zentralebene der FDJ wurden durch die letzte DDR-Ministerin für Jugend

und Sport, Cordula Schubert, in die „Stiftung Demokratische Jugend“ eingebracht, aus der weiterhin Projekte der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern unterstützt werden.

Übergang zur Einheit

Der Mitgliederzuwachs der neuen Jugendverbände der DDR war anfänglich sehr groß. Während diese Verbände versuchten, demokratische Jugendstrukturen in der DDR aufzubauen, und dabei weitgehend auf materielle Unterstützung und Spenden aus der Bundesrepublik angewiesen waren, zahlte die Regierung Modrow noch mehr als vierzig (!) Millionen Mark an die ehemalige Staatsjugendorganisation FDJ im ersten Quartal 1990. Die neuen demokratischen Jugendverbände erhielten für die gesamte Aufbauarbeit lediglich 70.000 Mark.

Schon vor der Einheit suchten und fanden viele neue Jugendverbände der DDR Partner in der Bundesrepublik Deutschland. Im Verlauf des Jahres 1990 fusionierten zahlreiche ehemalige DDR-Jugendverbände mit Partnern in den alten Ländern.

Die Zusammenschlüsse und Vereinigungen hatten zur Folge, daß die Zahl der DDR-Eigengewächse im Jugendbereich immer kleiner wurde. Nur wenige Jugendverbände blieben ohne Partner und überlebten das Jahr 1990 als eigenständiger Verband.

Phase der Ernüchterung

Trotz der teilweise positiven Entwicklung ist gegenwärtig die Zahl der Mitglieder in Jugendverbänden der neuen Länder stark rückläufig.

Diejenigen, die Jugendarbeit betreiben und aufbauen, stehen vor einer jungen Generation, die mit Problemen zu kämpfen hat, deren Bewältigung sie in der alten DDR nicht erlernen konnte. Viele junge Menschen sind arbeitslos geworden oder haben keinen Ausbildungsplatz. Andere sind zur Überwindung dieser Probleme in die alten Bundesländer gegangen.

Nach der reihenweisen Schließung der Jugendklubs sind die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung stark gesunken. In diesem Rahmen finden sich immer weniger Jugendliche bereit, ehrenamtlich Jugendarbeit zu leisten.

Knappe Gelder

Eine wesentliche Voraussetzung für ein breites Spektrum der Jugendarbeit ist das Vorhandensein einer pluralistischen Jugendstruktur und einer Vielzahl freier Träger.

Den neuen Verbänden fehlt es an Mitteln und Möglichkeiten, ihre Strukturen aufzubauen und zu festigen. Schon ein fehlender Telefonanschluß behindert die Vorbereitung von Veranstaltungen oder Jugendfreizeiten. Häufig ist nicht einmal Portogeld vorhanden.

FDJ und Junge GenossInnen weiter aktiv

Vor diesen Problemen stehen die immer noch vorhandene FDJ und die neugegründete PDS-Jugendorganisation Jungen GenossInnen nicht. So hat die Freie Deutsche Jugend nach eigenen Angaben immer noch 55 hauptamtliche Kräfte in den neuen Ländern und verfügt über sechs Millionen DM Kapital. Damit hat die FDJ größere Möglichkeiten als selbst den meisten Verbänden in den alten Ländern offen stehen. Außerdem sitzt die FDJ noch häufig in ihren alten Räumen oder hat zumindest Zugriff auf Telefone und andere Kommunikationseinrichtungen.

Im Fahrwasser der PDS sind die Jungen GenossInnen entstanden. Ihnen stehen alle technischen und finanziellen Möglichkeiten der Mutterpartei zur Verfügung.

Auch Gruppen der ehemaligen Jungen Pioniere haben sich in Vereinen zusammengeschlossen und firmieren heute unter Namen, die einen Bezug zu Kindern haben und so den wahren Ursprung verschleiern.

Den Möglichkeiten dieser alten Strukturen haben die neuen Verbände häufig nur Phantasie entgegenzusetzen. Zwar ist die in der Regel wertvoller, jedoch lassen sich mit ihr keine Jugendstrukturen aufbauen.

Öffentliche Träger nicht bessergestellt

Die Jugendämter in den neuen Ländern stehen mit ihren begrenzten finanziellen Möglichkeiten vor dem Problem, daß sich bis jetzt nur wenige freie Träger gebildet haben. Dies führt

zur absurden Situation, daß häufig auf alte Strukturen zurückgegriffen wird, um überhaupt Angebote in der Jugendarbeit zu machen.

In anderen Fällen sind freie Träger vorhanden, die gern arbeiten würden. Weil Kommunalpolitiker die Schwerpunkte anders gesetzt haben, fehlen hier die Mittel für die Jugendarbeit.



Die Begegnung Jugendlicher fördern.

Foto: Presseservice

Der Jugendarbeit Chancen eröffnen

Die Jugendarbeit in den neuen Bundesländern muß in erster Linie finanziell besser ausgestattet werden. Neue demokratische Jugendverbände müssen neben einer Projektförderung in begrenztem Umfang auch strukturelle Förderung erfahren. Ohne diese wird es den neuen Verbänden auf absehbare Zeit nicht gelingen, den Organisationsvorsprung von FDJ und Jungen GenossInnen auszugleichen.

Durch ein Gesamtkonzept „Jugendarbeit Neue Bundesländer“ müssen die Voraussetzungen für eine flächendeckende und pluralistische Jugendarbeit mit freien Trägern geschaffen werden.

Ann.: Rüdiger Scholz ist seit September 1991 Leiter der Bundesgeschäftsstelle des christlich-demokratischen Jugend- und Familienverbandes Frischluft e. V. in Bonn. Davor leitete er ein Jahr das Büro für demokratische Jugendarbeit im Ostteil Berlins. Von 1987 bis 1990 war er Pressesprecher der Jungen Union Deutschlands.

Über die Sprengkraft religiöser Blindgänger

Einige Anmerkungen zu Scientology

Thomas Jan Kück

Nach evangelischem Verständnis ist die Kirche die Gemeinschaft der Gläubigen, die in ihrem Sein und Handeln auf dem Worte Gottes gründet. Trotz der zum Teil erheblichen kontroverstheologischen Differenzen ist hier eine Übereinstimmung mit der katholischen Interpretation gegeben: die Kirche ist als Gemeinschaft der Gläubigen auf Christus und sein Wort bezogen. An ihm entscheidet sich aus christlicher Perspektive auch, was nicht Kirche, sondern Sekte als eine von Christus und seinem Wort abweichende Gemeinschaft ist. Das bedarf zwar im Einzelfall der wissenschaftlichen Prüfung, kann jedoch als einem theologischen Grundsatz keinem Zweifel unterliegen.

Juristisch stellt sich der Sachverhalt anders dar. Gemäß Artikel 140 des Grundgesetzes wird die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften gewährleistet. Auf dieser juristischen Grundlage ist eine Unterscheidung zwischen Kirche und Sekte nicht möglich, vielmehr müssen alle Religionsgesellschaften in gleichem Maße den Vorgaben des bürgerlichen Rechtes entsprechen. Das gilt natürlich auch für jene Organisationen, die zwar die Rechtsfähigkeit nach Artikel 140 GG nicht erhalten haben und keine Religionsgesellschaften sind, die aber dennoch mit fundamental religiösem Anspruch in unserer Gesellschaft auftreten.

Ungeachtet dieser Rechtslage bleibt die theologische Aufgabe bestehen, zwischen Kirche und Sekte zu unterscheiden. Zwar sollte man sich dabei von den vielen Beispielen aus der Kirchengeschichte warnen lassen, in der die Bezeichnung „Sekte“ leichtfertig oder böswillig als ein Instrument zur Unterdrückung Andersgläubiger benutzt wurde. Aber man sollte auch die Chance wahrnehmen! Denn gerade weil eine Organisation durch die Befahrung mit dem Namen „Sekte“ in die Sphäre der Negativität gestellt wird, kann vor den von ihr tatsächlich ausgehenden Gefahren wirksam gewarnt werden.

Im folgenden soll der Blick auf die Scientology-Organisation gerichtet werden (vgl. dazu die gut recherchierten Artikel in: Der Spiegel, Nr. 14 vom 1.4.91, S. 30-38; Die Zeit, Nr. 15 vom 5.4.91). Diese aus den USA stammende Organisation ist im alten Bundesgebiet schon seit Jahren aktiv, betreibt jetzt auch in den neuen Bundesländern aggressiv Werbung und breitet sich dort in großem Maße aus. Dabei geht sie nach allen Regeln der Wer-

bungskunst vor, z.B. durch **verkaufswirksame Veröffentlichungen**.

Das Buch „Selbstanalyse“ von **L. Ron Hubbard** (Kopenhagen 1984) verspricht schon auf dem Einband ein „bewährtes unkompliziertes System zu einem bewußteren und sicheren 'Ich'“ (Satzbau verändert). Selbstanalyse, – ein brandaktuelles Thema, das dem Buch eine hohe Verkaufsratesichert. Das Buch gehört zu dem von Hubbard entwickelten Gebiet der „Dianetik“, die eine „Technologie zur Befreiung des geistigen Wesens“ (Bucheinband, Unterstreichung ergänzt) ist.

Dem Leser wird auch nicht verschwiegen, daß Dianetik „ein Waren- und Dienstleistungszeichen im Besitz des Religious Technology Center“ (ebd.) ist, allerdings wird dem Leser dies in einer wesentlich kleiner gehaltenen Schrift vermittelt, – klein gedruckt also. Dieser Hinweis auf den religiösen Hintergrund des Buches wird auf den letzten Buchseiten bekräftigt, auf denen Anschriften von Dianetik-Organisationen aufgeführt sind, die im deutschen Sprachraum sämtlich „Scientology-Kirche“ heißen (S.260). Aber: ob hinter diesem Namen tatsächlich eine Kirche lebt, ist eine ganz andere Frage. Verpackungsschwindel gibt es überall.

Der Inhalt des Buches gliedert sich in zehn Kapitel. Davon behandelt das erste das Selbst, das in den folgenden Kapiteln zwischen seinen Grenzwerten Leben (Kap.2) und Tod (Kap.3) dargestellt wird. Aus diesen Grenzwerten ergibt sich das Streben nach Unsterblichkeit, dem sich folgerichtig das 4. Kapitel zuwendet. Kap. 5 und 6 fragen jeweils nach der Möglichkeit einer Bewußtseins- und Lebensverbesserung.

Damit ist der Gegenstand des Buches grob umrissen: es wendet sich dem

Leben zu und stellt Möglichkeiten zu seiner Optimierung dar. Diese Verbesserung ist anhand von Tabellen ersichtlich (Kap.7), deren individueller Ausgabewert durch Tests (Kap.8) erhoben werden kann. Für diese Tests werden im 9. Kapitel Hilfsmittel vorgeführt. Nach diesen 69 Seiten umfassenden Kapiteln wendet sich das letzte Kapitel über 162 Seiten einer Vielzahl von Testfragen zu, die in sog. Listen gegliedert sind.

Zielrichtung der mehreren hundert Fragen ist die Verbesserung des Lebens, das Überleben mit einem ausgezeichneten Überlebenspotential von beträchtlicher Langlebigkeit (vgl. S.59). Ziel ist nicht das ewige Leben, wiewohl es auf die Frage danach ebenfalls Antworten aus dem Gebiet der Dianetik gibt. Sie werden jedoch in anderen Büchern Hubbards verhandelt.

Nach dieser kurzen Darstellung ist zu prüfen, ob das erklärte **Ziel des Buches**, zu einem bewußteren und sicheren Ich zu führen, mit seinem Inhalt in Deckung zu bringen ist. Die Methode ist denkbar einfach: einer durch zahlreiche Testfragen gesteuerten Bewußtmachung von Negativerfahrungen folgt deren vorläufige Bewältigung durch Versetzung in eine Scheinwelt oder durch eine in Aussicht gestellte umfassende Verbesserung durch die Lektüre von Hubbards Hauptwerk „Dianetik: Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ in Verbindung mit den Mitarbeitern der Organisation, den sog. Auditoren, auf deren Anschriften am Ende des Buches verwiesen wird.

Noch bevor der eigentliche Prozeß der Selbstanalyse beginnt, wird der Leser also mit der Erfahrung einer nur begrenzt möglichen Lebensverbesserung konfrontiert. So führt die vermeintliche Entdeckungsreise in das eigene Ich auf einer Einbahnstraße in das System der Dianetik und der Scientology-Organisation hinein. Schon an dieser Stelle ist deutlich, daß das erklärte Ziel des Buches durch seinen Inhalt allein nicht gedeckt werden kann.

Wenn über den Inhalt und das Ziel dieses Buches hinaus nach dem **Ziel von Dianetik** gefragt wird, so kann dafür aus dem Buch eine Grundvoraussetzung erhoben werden: Der Mensch ist gut. Auch könnte es ihm besser gehen als bisher, denn daß es ihm schlecht geht, ist Folge seiner Umwelt (Eltern und Schule, vgl. S. 7, 31 und 49). Auf diesen einfachen Grundvoraussetzungen baut sich das System der vermeintlichen Lebensverbesserung des einzelnen auf, das sich in das Gesamtsystem von Dianetik einfügt. In dieses Gesamtsystem kann man aufgrund einiger Beobachtungen Einblick erhalten.

Sozioökonomische Konzeption

Da ist zunächst einmal das Geld. Es fällt auf, daß ein geläufiger Reaktionstest, der die Schnelligkeit im Festhalten von fallendem Papier durch Daumen und Zeigefinger prüft, anhand eines Geldscheines erklärt wird und nicht anhand eines einfachen Papierschnipsels (vgl. S. 4). An diesen Test schließt sich ein Überlebensbeispiel an: eine „gewisse Garantie für das Überleben“ (S. 15) hat derjenige, der im Jahr 50.000 DM verdient und nicht derjenige, der nur 500 DM im Monat hat. Das mag einleuchtend sein. Kurz darauf aber wird dann behauptet, das Leben müsse sich Vergnügen verschaffen, und Vergnügen werde durch Handlungen erzielt, „die dem Überleben förderlich sind“ (S. 26). Wenn also erstens gesagt wird, das Geld wirke überlebensfördernd und zweitens, das Leben brauche Vergnügen durch Überlebensförderung, dann kann drittes behauptet werden: das Leben braucht Geld, weil eben dies Vergnügen bereitet, – eine primitiv-kapitalistische Idee.

Neben der anthropologischen Voraussetzung von der Gutheit des Menschen erhebt sich hier die sozioökonomische Konzeption eines reinen Kapitalismus ohne jegliche Sozialbindung, denn eine Verbindung zwischen dem Reichtum des einen, der ihm Vergnügen bereitet, und der Armut des anderen (vgl. S.15) ist nicht gegeben. Vielmehr widerspräche eine solche Verbindung geradezu der Vergnügungssucht des Lebens.

In dem Dianetik-System von Scientology geht es um den ökonomischen Erfolg. Angestrebt wird ein ausgezeichneter Zustand der Besitztümer

Ergebnis der Anhörung „Jugendsekten“: Psychokulte müssen durchleuchtet werden

Die deutsche Vereinigung hat Gruppierungen, die als neue religiöse Bewegungen, Psychokulte u.a. in den alten Bundesländern seit langem aktiv sind, in den neuen Bundesländern ein neues Betätigungsfeld gegeben, das von diesen Gruppierungen auch intensiv ausgefüllt wird.

...In einer pluralen Gesellschaft ist es normal, daß es weltanschaulichen Pluralismus und vielfältige Angebote zur Lebenshilfe gibt. Diese Tatsache als solche verlangt keinen politischen Handlungsbedarf. Anliegen für uns Politiker(innen) muß es ein, diese Gemeinschaften bei

bestehenden Verdachtsmomenten auf möglichere unreelle Machenschaften zu überprüfen. Viele Sekten sind im Rahmen der Anhörung angesprochen worden, besonders in den Vordergrund der Kritik geriet aber die Scientology-Organisation. Handlungsbedarf besteht, als Betroffene immer wieder durch die Wahrnehmung solcher Angebote psychisch geschädigt oder materiell ausgebeutet werden.

Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen der Bundesrepublik ist es eine dringende Aufgabe, gerade auf dem Sektor der Angebote zur Lebenshilfe für zugängliche Informationen und Beratungen zu sorgen.

(aus: Pressemitteilung des Bundestagsausschusses Frauen und Jugend vom 10.10.1991)

und ein ausgezeichnetes Erfolgs- und Überlebenspotential. Scientology strebt eine Gesellschaft an, in der diese Werte gelten, ganz nach dem Prinzip des survival of the fittest. Es geht um viel Vergnügen und wenig Schmerz (vgl. S.26, 45 u. 58f.).

Und was wird aus den Menschen, die dieser Norm nicht entsprechen. Sie werden grundsätzlich negativ beurteilt und stehen lediglich vor einer Alternative: entweder lassen sie sich durch Dianetik helfen oder ihnen droht der Tod. Als Einstieg in die Dianetik-Gemeinschaft eignet sich das hier besprochene Buch oder eine der anderen Veröffentlichungen Hubbards, die sämtlich nur das eine Ziel haben, die Leser den Laien-Therapeuten, den sog. Auditoren zuzuführen und mit dem gnadenlosen Leistungsdenken vertraut zu machen. Für die Schwachen der Gesellschaft bleibt nur der Tod.

Es stimmt bedenklich, wenn in diesem Zusammenhang die gegenwärtige demokratische Gesellschaft kritisiert wird, denn sie „unterhält Krankenhäuser und schleppt solche Leute mit sich weiter“ (S.30). Abgesehen von solchen, die sich nicht helfen lassen wollen, gibt es auch solche, die sich aufgrund einer Krankheit nicht helfen lassen können. Das weiß auch Hubbard: Es gibt Menschen, die auf der Wertskala „sehr tief und als geisteskrank einzustufen“ (S.47) sind. Es mutet kriminell an und erinnert an die Nazimethoden des 3. Reiches, wenn vor diesem Hintergrund an anderer Stelle jene Gesellschaft kritisiert wird, die „nichts von Euthanasie oder 'Töten aus Barmherzigkeit' wissen“ (S.30) will.

Das Ziel von Dianetik ist die rückwärtslose Erfolgsgesellschaft, deren

globale Gestalt in der Scientology-Organisation präformiert ist. Rücksichtslos, da nach dem „Bekenntnis“ Hubbards „jemand nur soviel wert“ „wie er vermag, anderen zu helfen“ (S.V). Wer auf Hilfe angewiesen ist, hat demnach keinen eigenen Wert. Darüberhinaus kann die Hilfe für den anderen nur eine leere Chiffre sein, da sie in jedem Fall durch die Vergnügungssucht des eigenen Lebens, der absolute Priorität einzuräumen ist, begrenzt wird.

Nunmehr kann auf die einleitende Unterscheidung unserer Überlegungen zurückgegriffen und aus christlicher Perspektive ein deutliches theologisches Urteil formuliert werden: Scientology ist nicht Kirche, sondern Sekte.

Was bedeutet dieses theologische Urteil? Zunächst scheint der wissenschaftliche Aufweis einer Organisation als eines religiösen Blindgängers keine weitere Bedeutung zu haben. Es ist jedoch die Eigenart eines Blindgängers, eine Sprengkraft in sich zu bergen, die sich gerade dort freisetzen kann, wo es am wenigsten erwartet wird. Deshalb ist jetzt abschließend von den Gefahren zu reden, die von Scientology ausgehen:

1. Durch die methodische, (selbst-)analytische Bewußtmachung von Negativerfahrungen greift Scientology an den defizitären Sozialisations- und Lebenserfahrungen des Einzelnen an und „holt ihn dort ab“, wo er mit seinem Leben unzufrieden ist. In den alten Bundesländern stellt sich gerade in der mittleren Generation die Erfahrung ein, daß mit dem erheblich gestiegenen Wohlstand die völlige Lebenszufriedenheit nicht einhergeht. Hier malt Scientology ein visionäres Zukunfts-

bild. Tatsächlich aber wird der Einzelne auf dem Weg zu der in Aussicht gestellten, scheinreligiös verschleierten Lebensverbesserung zunächst sich selbst, dann seiner Familie und schließlich der ganzen Gesellschaft entfremdet mit dem alleinigen Ziel, sich in die Sekten-Organisation einzugliedern und ihr in Theorie und Praxis zuzuarbeiten. Viele stehen am Ende einer solchen Entwicklung vor dem finanziellen Ruin, der sozialen Isolation und – was am schwersten wiegt – den Trümmern ihrer ausgebrannten Seele.

2. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verbreitet sich Scientology in rasantem Tempo, dort konzentriert sich ihr Engagement voll und ganz. Und das kommt nicht von ungefähr, denn in den fünf neuen Ländern ist der Wunsch nach Wohlstand und Verbesserung der individuellen Lebenssituation nur allzu verständlich. Es ist aber

eine Gefahr, wenn Wohlstand ausschließlich ökonomisch interpretiert und mit Reichtum identifiziert wird. Eine solche verengte Interpretation kommt der Sekte nur entgegen, denn Wohlstand und Reichtum sind Hauptbestandteil ihrer Versprechungen. Gerade dadurch gewinnt sie für viele Menschen eine faszinierende Attraktivität. Die Scientology-Theorie basiert aber auf einem sozialfeindlich-egoistischen Prinzip (s.o.), das die Schwachen der Gesellschaft zu Boden wirft und verrecken läßt.

3. Deshalb ist es nicht übertrieben, wenn von einer erheblichen Gefahr für unsere ganze Gesellschaft gesprochen wird, zumal sich diese Gefahr schleichend ausbreitet, z.B. durch eine sich zunächst unbemerkt festsetzende Umwandlung der Begriffe: auch die Scientology-Organisation nennt sich Kirche, sie ist aber keine. Auch Scientology

redet von Ethik, sie lehrt und handelt dem aber strikt entgegen. Alles geschieht dort unter dem Postulat der Freiheit und der Befreiung des Einzelnen, das Gegenteil aber ist der Fall.

Was ist zu tun? Zweierlei. Zunächst muß immer wieder vor Sekten gewarnt und der Verpackungsschwindel religiöser Blindgänger konsequent aufgedeckt werden. Darüberhinaus gilt aus christlicher Perspektive, daß eine aus der Freiheit des Evangeliums erwachsende Nächstenliebe unter Brüdern und Schwestern, der auf gesellschaftlichem Gebiet ein tiefes Bewußtsein von Solidarität entspricht, die klarste Absage an das sozialfeindliche System von Scientology ist.

Anm.: Dipl.theol. Thomas Jan Kück (Jahrgang 1963) arbeitet seit seinem Ersten theologischen Examen und dem theologischen Diplom im Januar 1990 als wiss. Mitarbeiter an der Universität Göttingen und verfaßt z.Zt. seine theologische Dissertation im Fach Kirchengeschichte.

2. Tagung der 8. Synode, November 1991

Die neugewählten Mitglieder des Rates der EKD

Vorsitzender:	
Landesbischof Klaus Engelhardt	Karlsruhe
Stellv. Vorsitzender:	
Landesbischof Johannes Hempel	Dresden
Präses Jürgen Schmude	
Rosemarie Cynkiewicz	
Oberkonsistorialrätin	O-Berlin
Brunhilde Fabricius	Kassel
Jako Haarbeck	Detmold
Diözesansuperintendent	
Peter Hahne	Mainz
Horst Hirschler	Hannover
Landesbischof	
Dr. Werner Hofmann	Gräfelfing
Oberkirchenrat	
Dr. Hans-Gernot Jung	Kassel
Landesbischof	
Dr. Ruth Leuze	Stuttgart
Landesbeauftragte	
Dr. Hans-Martin Linnemann	Bielefeld
Präses	
Ruth Merckle	Blaubeuren
Axel Noack	O-Wolfen
Pfarrer	
Ruth Rohrandt	Bordesholm
Pastorin	
Prof. Dr. Richard Schröder	O-Blankenfelde
Christoph Stier	O-Schwerin
Landesbischof	
Dr. Jürgen Warnke	Selb
Barthold C. Witte	Bonn



Der neugewählte EKD-Ratsvorsitzende Prof. Dr. Klaus Engelhardt gehört seit 1985 dem Rat der EKD an. Bevor er Bischof wurde, war er 14 Jahre lang Dozent für evangelische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

In seinem Grußwort für die Bundesregierung auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Wildungen sagte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt:

... Im vereinten Deutschland müssen Herzen und Gefühle der Menschen noch mehr zueinander finden! Für diese Aufgabe dürfen wir uns als Menschen in kirchlicher und politischer Verantwortung auch gegenseitig ermutigen! Wirtschaftlicher Aufbau und sozialer Ausgleich, kulturelles Erbe und innere Sicherheit sind wichtig, am wichtigsten ist zu lernen, miteinander zu denken und zu fühlen, sensibel zu sein für die Erlebnisse des anderen und aufeinander einzugehen! Dies dürfen wir nie vergessen! Ein ganz entscheidender Weg dazu ist die gemeinsame Dankbarkeit für das Gute, das Gott, der Herr, unserem Volk geschenkt hat. Dies sage ich auch nach vielen Gesprächen darüber in den neuen und alten Bundesländern. Oft habe ich die Sorge, wir vergessen als Christen das Danken für die Wunder, die Gott in unserem Land und in Europa getan hat. Laßt uns eintreten für mehr Dankbarkeit in Wort und Tat! Diese Haltung steht ja auch unter einer besonderen Verheißung Gottes

EKD-Synode

Schwerpunktthema der bis 8. November dauernden Tagung war die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der sozialen Lage in Ostdeutschland und des Hungers in der Dritten Welt. Zu diesem Thema legte die EKD Mitte Oktober ihre Denkschrift „**Gemeinwohl und Eigennutz**“ vor, in der die Fortentwicklung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in Richtung auf eine „ökologisch und global verpflichtete Soziale Marktwirtschaft“ gefordert wird. Diesen Denkanstoß will die Synode weiter konkretisieren und fort-schreiben.

Mit einem Aufruf zur Missionierung Europas wurde die zweite Synodentagung der seit Juni wiedervereinigten Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eröffnet. Angesichts der „bedrückenden Überlebensfragen“ müsse die Kirche den Menschen die Bibel als „Wegweisung zum Leben“ nahebringen, sagt der scheidende Ratsvorsitzende der EKD, der Berliner Bischof Dr. **Martin Kruse**, in seinem letzten Rechenschaftsbericht.

Kruse verurteilte erneut die nach seinen Worten gegen Got-

tes Verbot verstoßenden Anschläge auf Ausländer in Deutschland und sprach sich für die Erhaltung des grundgesetzlich verankerten Rechts auf Asyl „in seiner Substanz“ aus. Die tiefsitzende „Angst vor Überfremdung“ müsse ernstgenommen werden, betonte der Bischof. Der Streit um die Eingrenzung des Zuzugs von Ausländern habe jedoch zu einer schädlichen Emotionalisierung beigetragen.

Ursache des Einwanderungsdrucks in Deutschland sind nach den Worten des Ratsvorsitzenden die Wanderungsbewegungen in Europa und der Dritten Welt. Diese wiederum seien in Hunger, Armut, Katastrophen, Krieg, in politischer und religiöser Unterdrückung begründet. Die internationale Staatengemeinschaft und die Kirchen müßten die Lebensumstände in den Herkunftsländern der Flüchtlinge so verändern, daß sich die Menschen nicht gezwungen fühlen müßten, ihre Heimat zu verlassen.

Die Kirchen hätten in der Vergangenheit den karitativen Aspekt in der Entwicklungszusammenarbeit zu stark betont,

sagte Kruse vor der Presse. Die notwendige Umstellung von Lebensstil und Bewußtsein sei in den westlichen Gesellschaften nicht genügend gelungen.

In seinem Ratsbericht sagte er weiter, um dem geistigen Umbruch in der Gesellschaft zu begegnen, müsse sich die Kirche darauf besinnen, daß die Mission vorrangige Aufgabe der Kirche sei. Die christliche Tradition sei für viele fragwürdig geworden und werde nicht mehr „wie selbstverständlich“ weitergegeben. „Der Glaube bedarf des Weckrufes“, sagte der Bischof. Als Beispiel dafür nannte er das von den christlichen Kirchen für 1992 geplante „Jahr mit der Bibel“.

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa eröffnen den Kirchen nach seiner Meinung „viele neue Möglichkeiten“. Sie dürften nicht durch „unbrüderliche Rivalität“ und längst überwunden geglaubte Gegensätze gefährdet werden. Statt „eigen-nütziger Selbstdarstellung“ sei heute gegenseitige Hilfsbereitschaft der Kirchen und ein gemeinsames christliches Zeugnis nötig.

Die evangelischen Christen in Ost- und Westdeutschland rief Kurse zu engerer Zusammenarbeit und zu mehr Verständnis füreinander auf. Die unterschied-

lichen Erfahrungen in einer Demokratie und in einem Unrechtsstaat wirkten sich heute in großen Schwierigkeiten im Umgang miteinander aus. „Wir sind in der Vergangenheit zu vorsichtig miteinander umgegangen“, sagte Kruse ergänzend vor Journalisten. Diese Rücksicht sei als „nicht gut“ zu bewerten.

In seinem Bericht schreibt Dr. Kruse unter anderem:

„Mir scheint, die zivilisatorischen und geistigen Veränderungen in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts laufen darauf hinaus, daß die Räume gemeinschaftlicher Erfahrung, in denen die Möglichkeit beständiger Begegnung und der Einübung gemeinschaftlichen Handelns geschieht, schwinden: Ganz besonders gilt das für Familie, und Nachbarschaft, aber auch die Gemeinde bekommt das zu spüren.“

Der Mensch wechselt die Räume und ist nirgends beständig zu Hause. Schon Kinder erfahren das. Der Wechsel des Ortes wird dem Menschen früh antrainiert. Und das Fernsehen ist Ausdruck dafür. Der Mensch kann sich in alles ein- und ausschalten. Er hat eine Fülle von Wirklichkeiten. Er kann überall dabei sein. Aber wo ist er wirklich dabei?

Bücher

Ludwig Geißel: Unterhändler der Menschlichkeit. 476 Seiten. Quell Verlag, Stuttgart 1991.

Die Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit und der EKD erfährt durch Ludwig Geißels Buch wichtige Impulse. Nach der Vereinigung Deutschlands kann der für den Häftlingsfreikauf und die Finanzierung der evangelischen Kirche in der DDR zuständige Autor das Siegel des Schweigens brechen und vertrauliche Einzelheiten aus der Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen veröffentlichen. Der Quell Verlag hat ein Buch verlegt, daß von vielen Westdeutschen, aber vor allem von den Menschen in den neuen

Bundesländern gelesen werden muß, um Informationsdefizite abzubauen.

Pinchas Lapide: Jesus, das Geld und der Weltfrieden. 157 Seiten. GTB Siebenstern 1435, Gütersloh 1991

Unsere Gegenwart ist weltweit von Problemen beherrscht: Krieg, religiöser Fanatismus, Asylantenflut, Umweltschäden, Verführung durch Macht und Geld.

Lassen sich heute aus der Verkündigung Jesu und der Wahrheit der Hebräischen Bibel hier-

für noch Lösungsmöglichkeiten finden?

Pinchas Lapide, bekannter jüdischer Theologe und Religionswissenschaftler, erhellt in diesem Buch bislang mißverstandene Jesusworte und falsch übersetzte Bibelstellen, um aus einer biblischen Ethik neue menschen- und weltverändernde Perspektiven aufzuzeigen.

Martin Honecker: Einführung in die Theologische Ethik. Grundlagen und Grundbegriffe. 423 Seiten, gebunden, Walter de Gruyter, Berlin, New York 1990.

Nach einer Aufgabenbeschreibung (Kapitel 1) werden „theologische Voraussetzungen

der Ethik“ (Kapitel 2) vorgestellt. Das Wort „Voraussetzungen“ ist dabei in dem Sinne gemeint, daß es um theologische Grundlegungen geht, die ebenso in der Fundamentalthologie, der theologischen Anthropologie, der Dogmatik erörtert werden können.

Das 3. Kapitel behandelt „Ethische Grundbegriffe“. Daran wird deutlich, daß man nicht eine bestimmte ethische Methode und Theorie als allein gültig übernehmen kann. Der Pluralismus ethischer Ansätze und Methoden ist ein Faktum, dem ein Lehr- und Studienbuch Rechnung zu tragen hat.

Die weiteren Kapitel lauten:

„Normen und Werte“, „Quellen christlicher Ethik“, „sozial-ethische Grundfragen“ und „Grenzen der Ethik“.

Peter Hintze: „Sozialistische Ausbeutung der Umwelt überwinden – zur Ethik des Bewahrens zurückfinden“

Dresden. Über 500 engagierte Christen – in der Mehrzahl aus den neuen Bundesländern – diskutierten auf dem 3. Deutschland-Forum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Dresden das Thema: „Die Schöpfung bewahren – Gemeinsam Verantwortung übernehmen“. Schwerpunkt der Beratungen war die Frage, wie die schlimme Erblast des Sozialismus in Sachen Umwelt zu überwinden sei.

Wie der sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. **Kurt Biedenkopf** in seiner Rede deutlich machte, muß sich die CDU bei der Formulierung ihres neuen Grundsatzprogramms der Radikalität der Herausforderungen durch die Radikalität ihrer Antworten würdig erweisen. Die Marktwirtschaft biete dafür Instrumente und Strukturen. Appelle allein seien nicht ausreichend.

Der EAK-Bundesvorsitzende **Peter Hintze** wies auf die ethische Dimension des Themas hin. Dem Schöpfungsauftrag Gottes entspreche auch eine Schöpfungsbewahrungszusage. Der Mensch müsse dem aber auch in seinem Handeln entsprechen. Der Sozialismus habe in menschenverachtender Weise die Zerstörung der Umwelt in Kauf genommen, um seine Industrieproduktion zu steigern und um Devisen zu beschaffen. „Es kommt jetzt darauf an, daß wir wieder zu einer Ethik der Verantwortung und des Bewahrens gegenüber Menschen und Umwelt zurückfinden“, so Peter Hintze in Dresden.

In zwei sich anschließenden Gesprächsrunden diskutierten Vertreter von Kirche, Wirtschaft und Politik über bereits erreichte Verbesserungen und über dringend gebotene Sanierungsmaßnahmen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. **Bertram Wiczorek**, erklärte, daß zunächst nur Schäden repariert werden konnten, und betonte die Notwendigkeit einer vorausschauenden und vorbeugenden Umweltpolitik.

Der sächsische Sozialminister und Stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Dr. **Hans Geisler**, erinnerte an den ganzheitlichen Anspruch des Bewahrens der Schöpfung und appellierte an jeden einzelnen, in seinem Lebens- und Arbeitsbereich konkret Verantwortung zu übernehmen.

Für den EAK-Landesverband Sachsen sprach der Landtagsabgeordnete **Dietmar Franke** abschließend die Hoffnung aus, daß sich die in den Zeiten des Umbruchs bewährte Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer und kirchlicher Basisgruppen im Umweltbereich auch künftig fortsetzen läßt.

3. EAK-Deutschland-Forum

Bericht eines Teilnehmers

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Parlamentarische Staatssekretär **Peter Hintze** hatte sicher absichtlich den zweiten Jahrestag des Mauerfalls und die Sächsische Landeshauptstadt zum Rahmen gewählt für das 3. Deutschland-Forum unter dem Motto: „Die Schöpfung bewahren – Gemeinsam Verantwortung übernehmen“.

Gerade auf diese Verantwortung verwies Oberkirchenrat Dr. **Münchow** ausdrücklich in seinem Geistlichen Wort und verstand dabei, die christliche Anforderung ganz in den normalen Sprachgebrauch zu übertragen und damit eindringlich zu machen.

Im bis auf den letzten Platz gefüllten Kongreßsaal des Hygienemuseums hielt der Ministerpräsident Prof. **Biedenkopf** den einführenden Vortrag. Ausgehend von der konziliaren Lösung „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, wie sie vor Jahren von unserem Bundespräsidenten von Weizsäcker zu einer so fruchtbaren Diskussion mit politischer sowie weitreichender Konsequenz geführt worden war – auch bei uns in Dresden war der ökologisch begründete Protest unter kirchlicher Obhut der Beginn der friedlichen Wende – ging Biedenkopf über die durch von Weizsäcker akzeptierten Beschränkung auf die Probleme der Industrieländer bewußt hinaus. Er bezeichnete die Subsidiarität, also die Verzichtbereitschaft der Industrienationen, als einzige wirkungsvolle Zukunftsstrategie, wohlwissend und daran mahnend, daß wir Menschen unvollkommen sind und nur unsere Ziele vollkommen sein können.

Die beiden großen Gesprächsrunden der Nachmittagsdiskussion standen dann klar im deutschen Spannungsfeld Ost-West, das uns Betroffene natürlich stärker berührt. Dies wurde auch für die gesprächsführende Journalistin vom Süddeutschen Rundfunk spürbar. Beeindruckend und ungeheuer erfreulich waren die sachlichen Argumente, die die Herren Dr. **Bonnenberg** von der Treuhandanstalt und **F. Heinsch** vom Arzneimittelwerk Dresden – beide „Wahl-Ossis“ über die Situation in den östlichen Bundesländern und ihre Menschen gefunden haben, der Beifall bewies es: Der Wille, zur Erhaltung und Pflege der Schöpfung beizutragen, ist naturgemäß in den Neuländern stark, und die Hoffnung auf Hilfe ebenso. Deutlich aber auch die Furcht vor der Übernahme vorgefertigter und nicht angepaßter Lösungen.

Die große Vielfalt der übernommenen Probleme aus 40 Jahren irrationaler Mangelwirtschaft zu Lasten der Umwelt – haben die Kommunisten eigent-

lich an ihre eigene Zukunft geglaubt? – wurde insbesondere in der Politiker-Runde andiskutiert, und es stimmt froh, daß Lösungsansätze allenthalben gezeigt werden konnten. So wurde das Forum schließlich seinem Anspruch gerecht: „Gemeinsam Verantwortung tragen“.

Man wünscht sich mehr solche „Wahl-Ossis“, und man sollte auch nicht nur von einer **Krise** der europäischen und globalen Ökologie sprechen, sondern die große Chance unserer Situation begreifen: Die Geschichte gibt uns 50 Jahre nach der Barbarei der Nazis die Gelegenheit, unsere Kraft und unseren Fleiß einzubringen für ein großes, friedliches Ausbauwerk für Deutschland mitten in Europa.

Landtagsabgeordneter **Dietmar Franke** vom Landesvorstand Sachsen des EAK fand das rechte Schlußwort, indem er die Gemeinsamkeit und die Verantwortung hervorhob und auf den moralisch-ethischen Auftrag der Christen verwies, Gottes Wort mit Leben zu erfüllen.

Dr. Peter Schumann, Dresden

Anm.: Da die Rede-Beiträge auf reges Interesse bei den Teilnehmern gestoßen sind, wird die EAK-Bundesgeschäftsstelle eine kleine Broschüre drucken lassen, die Sie bestellen können unter 02 28/544-306.

Fortsetzung von Seite 12

Wie soll da eigentlich Glaube wachsen? Wie kann unter diesen Bedingungen Christsein entstehen? Der Glaube bedarf des Weckrufes, des Wachgerütteltwerden, des Anstoßes. Und viele Menschen, sehr viele Menschen erfahren so etwas auf ganz unterschiedliche Weise. Aber damit ist es nicht getan. Es bedarf des Wachstums, damit Glaube und Erfahrung im Lebensvollzug vorankommt. Das bloße Gestreiftwerden genügt nicht.

(aus epd)

EAK-Empfang

Bad Wildungen. Am Rande der Synode fand am 5.11.1991 der schon traditionelle Empfang des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU statt.

Zu diesem Anlaß konnte der EAK-Bundesvorsitzende **Peter Hintze** den scheidenden Ratsvorsitzenden **Dr. Martin Kruse** sowie den neuen Ratsvorsitzenden **Dr. Klaus Engelhardt**, den Präses der Synode **Dr. Jürgen Schmude** sowie zahlreiche Landesbischöfe und über 100 Synodale begrüßen.

Aus unserer Arbeit

Zur Verbreitung der Bibeln in Osteuropa beigetragen

Auf der Landestagung in Wuppertal wurde spontan eine Sammlung für die Verbreitung der Bibel in den ehemaligen Ostblockstaaten durchgeführt und man beauftragte die Siegerländer Delegierten, diese Spende der Mission für Südosteuropa in Siegen-Geisweid zu überbringen.

Die Spende, die vom EAK-Kreisverband Siegen-Wittgenstein auf DM 500,- aufgestockt wurde, übergaben die neugewählten Siegerländer Landes-

vorstandsmitglieder **Jutta Capito** und **Rüdiger Heupel** gemeinsam mit den Vorsitzenden des EAK-Kreisverbandes an den Geschäftsführer der Mission für Südosteuropa, Herrn **Rannefeld**. In seinem Dankwort sagte Herr Rannefeld, daß die Mission durch günstigen Einkauf in den osteuropäischen Ländern in der Lage ist, von dem Spendenbeitrag ca. 100 Bibeln kaufen zu können. Da die gespendeten Bibeln nach Erfahrung der Mission i.d.R. nicht nur von einer Familie gelesen werden, ist die Spende des EAK ein wesentlich größerer Beitrag zur Verbreitung von Gottes Wort, als von den Spendern erwartet.



Spendenübergabe: von links Gerhard Loos (stellvert. Vors.), Hans Müller (Vorsitzender), H. Rannefeld (Geschäftsf. Mission f. Südosteuropa), Rüdiger Heupel (Neumitgl. Landesvorstand)

„Sozial und gerecht“

Kiel. „Sozial und gerecht“ – zu diesem Thema fand Ende Oktober in Kiel ein Wochenendseminar des Landes-EAK mit dem „Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt“ statt. Prof. Dr. theol. **Wolfgang Nethöfel** (Kiel) hielt das einführende Referat („Was meint das? – Was verschweigt das? – Wie christlich ist das?“) und gab damit der lebhaften Diskussion in den Arbeitsgruppen und später im Plenum die Grundlage.

Der EAK-Landesvorsitzende Dr. **Ulrich Mann** entwickelte einen Vergleich der Grundsatzprogramme von CDU und SPD zum Thema Sozialpolitik. Während die SPD in ihrem Berliner Programm vom Dezember 1989 den Staat als „Instrument zur Gestaltung der Gesellschaft“ und die Gesellschaft als „Klassengesellschaft“ mit „undemokratischen Grundstrukturen des überkommenen Wirtschafts-

und Gesellschaftssystem“ versteht, sagt die CDU „Unser Staat ist die Einrichtung frei verantwortlicher Bürger füreinander“. Während die SPD „eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft“ durch Abbau von Privilegien und Vollendung der Demokratie“ fordert, will die CDU „das Wohl des einzelnen Bürgers und der Gemeinschaft fördern“; sie bejaht „die Anerkennung der persönlichen Anstrengung und Leistung“, tritt dafür ein, „auch den Erfolgen nicht fallen zu lassen und jedermann menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern“, weiß aber auch, daß „die Welt von Menschenhand und nicht vollendbar ist“, weshalb nur ständig an der Verbesserung der Verhältnisse „gearbeitet“ werden kann. Die SPD will dagegen soziale Gerechtigkeit durch „mehr Gleichheit“ herstellen; zusätzliche Kosten will sie „aus Steuermitteln finanzieren“, die Systeme der Alterssicherung „schrittweise angleichen“ und den Arbeitgebern, die „Arbeit

durch Kapital ersetzen“, eine Wertschöpfungsabgabe auferlegen.

Den Seminarteilnehmern drängte sich an diese Stelle besonders eindringlich die Frage auf, „Wie christlich ist das?“

Gründung EAK-Mecklenburg-Vorpommern

Warnemünde. Am 12. Oktober 1991 wurde der Gründungsausschuß des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern im Rostocker Ostseebad Warnemünde konstituiert.

In Anwesenheit des EAK-Bundesvorsitzenden **Peter Hintze**, MdB, und des Bundesvorstandsmitglieds **Marlies Radke** wurde in einem offenen Forum über die Standortbestimmung der Evangelischen Kirche in Mecklenburg und Vorpommern und das „C“ im Namen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gesprochen.

Die auf Initiative der CDU-Bürgerschaftsabgeordneten **Uwe Coors** und **Christian Meyer** zusammengekommene Versammlung wurde durch engagierte Beiträge des EAK-Vorsitzenden **Dr. Ulrich Mann** aus Schleswig-Holstein sowie von **Pastor Grund** aus Warnemünde und **Karlheinz Schmidt**, Bürgerschaftsabgeordneter und Geschäftsführer der CDU der Hansestadt Rostock, zu einem gelungenen Auftakt der EAK-Arbeit im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Dem Gründungsausschuß gehören an:
Dr. Buske, Greifswald, Mitglied des Landtages,
Uwe Coors, Rostock, Mitglied der Bürgerschaft,
Marlies Radke, Waren.

„Ist Wehrdienstverweigerung die heute notwendige Entscheidung eines Christen?“

Westerburg. Unter diesem Thema tagte der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Westerwald im Burgmannenhaus in Westerburg. Als Referenten geladen waren der Standortpfarrer des Sanitätsbataillons Rennerod, ein Jugendoffizier vom Stab des III. Korps Koblenz sowie der Leiter eines Altenheims im Bereich des Oberwesterwaldes.

Während der Vertreter der Bundeswehr die Legitimation soldatischen Dienens aus der Schutzverpflichtung dem Nächsten gegenüber ableitete und die Preisgabe elementarer sittlicher Werte um des Friedens willen als unvereinbar mit der Menschenwürde ablehnte, betonte der Vertreter der Zivildienstleistenden die Ernsthaftigkeit der Gewissensprüfung junger Christen am Worte Gottes und lobte die durchweg gute Motivation bei der Ausübung pflegerischer Tätigkeiten trotz der Schwere der Arbeit.

Der anwesende Standortpfarrer gab eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten theologischen Grundsatzentscheidungen zum Problemkreis des Soldatseins, ohne sich auf die Pro- und Kontra-Position festzulegen. Seiner Meinung nach ist die Kirche die individuelle Entscheidung zu respektieren, sofern sie in der Verantwortung zu Gott und seinem Wort und nach aufrichtiger Gewissensprüfung getroffen sei. In jedem Fall habe die Kirche den einzelnen Gläubigen auf seinem Weg seelsorgerisch zu begleiten. Den Stellungnahmen der Referenten schloß sich eine rege Aussprache an, die zwar in der Sache zu keiner Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte führte, jedoch vom Stil her in einer ruhigen, von wechselseitigem Respekt bestimmten Atmosphäre verlief.

Keine Frage blieb unbeantwortet

Dinslaken. Ein sehr lebhaftes Gespräch entwickelte sich am Dienstagabend beim Evangelischen Arbeitskreis der Dinslakener CDU bei dem Thema: „Wo bleibt das Geld der Spender?“ Stellvertretend für die großen Hilfsorganisationen hatten die Veranstalter zwei leitende Vertreter des Diakonischen Werks der Rheinischen Kirche in Düsseldorf als Gesprächspartner gewonnen; Pfarrer **Wolfram Fröhlich** und **Wolfram Falkenberg**. Schon sehr bald entwickelte sich Wolfram Fröhlichs Referat zum lebendigen Gespräch, bei dem die Aktion „Brot für die Welt“ mit ihren beiden Schwerpunkten, der Katastrophenhilfe und der Projekthilfe im Mittelpunkt stand.

Die aus Sondersammlungen oder aus vorhandenen Mitteln geleistete Katastrophenhilfe

kann nur geleistet werden, wenn in der betroffenen Region eine Struktur von Partnerkirchen vorhanden ist, die eine optimale Verteilung von Hilfsgütern, Lebensmitteln und Medikamenten gewährleistet. Dies sei bisher in nahezu allen Empfängerländern der Fall gewesen. Man müsse es den Spenderinnen und Spendern hoch anrechnen, daß die für die Rußlandhilfe aufgebrauchten Mittel nicht zu einem Einbruch beim übrigen Spendenaufkommen geführt hätten, meinte Wolfram Fröhlich.

Zum Bereich der Projekthilfe führte Wolfgang Falkenberg aus, daß in jedem Jahr eine Liste von förderungswürdigen Hilfsprojekten aufgestellt werde. Die Vorschläge kämen aus den Empfängerländern und seien von Fachleuten in Stuttgart geprüft. Sie seien sorgsam auf die Verhältnisse und Gegebenheiten in den Empfängerländern abgestellt. Die für jedes Projekt benötigten Mittel seien fest umrissen. Es handele sich ausschließlich um die Schaffung oder Verbreiterung von Existenzgrundlagen, wie etwa Brunnen- und Bewässerungsanlagen, Landwirtschafts- oder Ansiedlungsprojekte für Gewerbe; in jedem Falle also Hilfe zur Selbsthilfe.

Vorstandswahlen im EAK-Starnberg

Starnberg. Auf der Wahlversammlung am 13.9.91 in Starnberg wurde Rechtsanwalt **Rolf Pöcker** als Kreisvorsitzender einstimmig wiedergewählt. Bei den Besitzern wurden bestätigt: **Pfarrer Heinrich Hell** (Starnberg), **Nika Prinzessin zur Lippe** (Starnberg), **Werner Madlener** (Starnberg), **Hans Jochen Niescher** (Feldafing), **Wolfgang Renger** (Seefeld)

Altmärkische Kirche wird renoviert

Bremervörde/Schönhausen. Im April 1990 hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme zur Evangelischen Kirchengemeinde Schönhausen/Altmark (Sachsen-Anhalt) Kontakt aufgenommen. Die dortige Gemeinde hat eine herrliche Kirche, eine romanische Basilika, die im Jahre 1212 geweiht wurde. In dieser Kirche wurde der Reichsgründer Otto von Bismarck im Jahre 1815 getauft,

der auch in Schönhausen das Licht der Welt erblickte.

Die Kirche besitzt einen festungsartigen Turm und ist die größte Dorf- und Herrschaftskirche in der ganzen Umgebung – zugleich eine der typischen Wehr- und Fluchtkirchen der Altmark. Im Kircheninneren verweisen Grabdenkmäler und Epitaphien auf die Familie Bismarck.

Die Bausubstanz dieser Kirche scheint im Kern gut zu sein. Doch bei genauerer Betrachtung wird der Sanierungsbedarf an Dach und Mauerwerk sichtbar. Auch im Kircheninneren müssen Renovierungsarbeiten durchgeführt werden. Das erfordert verständlicherweise einen hohen Kapitalbedarf. Aus eigener Kraft können weder die Kirchengemeinde Schönhausen noch das Land Sachsen-Anhalt die Finanzierungsmittel aufbringen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, das Renovierungsvorhaben in Schönhausen zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde innerhalb des CDU-Kreisverbandes eine Sammlung durchgeführt, bei der eine stattliche Geldsumme zusammengebracht wurde.

EAK-Kreisvorsitzender **Albert Rathjen** (Bremervörde) hat das Geld inzwischen weitergeleitet und ist überzeugt, daß dieses altmärkische Gotteshaus bald seine alte Schönheit wiederbekommen wird. Durch die Unterstützung des Renovierungsvorhabens leiste der EAK der CDU einen wichtigen Beitrag zur Denkmalpflege und zur Aktivierung der kirchlichen Arbeit in Sachsen-Anhalt.

Evangelischer Arbeitskreis im CDU-Landesverband Sachsen gebildet

Dresden. Nach der Vereinigung von CDU-Ost und CDU-West wurde auch die CDU-Ost in die Arbeit des EAK einbezogen. Im April dieses Jahres nahmen erstmals Delegierte aus den fünf neuen Ländern an einer Bundestagung teil. Während dieser 32. Bundestagung, die in Berlin stattfand, wurde der sächsische Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, **Dr. Hans Geisler**, zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt, und die Vertreter der

neuen Länder ermutigt, Strukturen des EAK in ihren Ländern aufzubauen.

Auch in Sachsen ist es eine unverzichtbare Aufgabe, daß alle, die es ernst meinen mit der Erneuerung in unserer Partei, auch gegenüber ihrer Kirche mithelfen deutlich zu machen, daß die heutige CDU nicht mehr die der vergangenen 40 Jahre ist, sondern daß sie zurückgekehrt ist zu den Zielen, die von den Gründern der CDU unmittelbar nach dem Kriege, dieser Partei gegeben wurden und die von der CDU in der Bundesrepublik seitdem verfolgt werden. Der EAK bietet den evangelischen Christen in unserer Partei dafür eine Plattform.

Der EAK will aber auch, daß Haltungen und Vorbehalte in den evangelischen Kirchen sowie die zweifellos auch feststellbaren praktischen Unterstützungen für die Politik der CDU, in der Partei vermittelt und deutlich gemacht werden.

So soll zu einem entkrampften und unbefangenen Umgang zwischen evangelischen Kirchen und der CDU beigetragen werden. Das dies zuerst eine Aufgabe der evangelischen Christen in der CDU ist, steht wohl außer Frage.

So hat auch in Sachsen der EAK eine wichtige Aufgabe, die keineswegs im Gegensatz zu ökumenischer Arbeit steht, sondern ökumenisches Miteinander in der Partei und in den Parlamenten sinnvoll ergänzt. Die Arbeit des EAK soll in Sachsen zuerst in den Großstädten, aber auch in Hoyerswerda, Pirna und Annaberg aufgenommen werden und soll dann, wenn möglich, in alle Kreise getragen werden. Als Träger der Tätigkeit sollten sich vor allem Parlamentarier aller Ebenen, die Mitglieder von Kirchenvorständen zur Verfügung stellen.

Am 22.10.91 wurde auf einer ersten Arbeitsberatung ein vierköpfiger vorläufiger Landesvorstand benannt.

Es sind: **Dietmar Franke**, MdL, Mitglied der Landessynode der Ev. Luth. Landeskirche Sachsens, Dresden, **Dr. Eckard Koch**, Dresden, **Werner Klinnert**, MdL, Hoyerswerda, **Wolfgang Madai**, MdL, Pirna.

Dietmar Franke

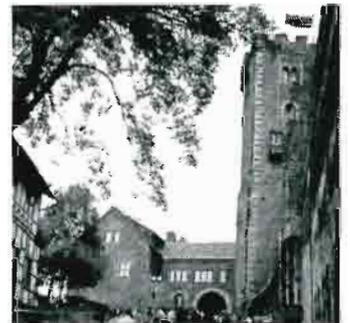
Von der Wende zur Wandlung

Eisenach: Der **EAK-Mainz** führte am 12.10.91 eine **kultur- und bildungspolitische Fahrt in die Wartburg-Stadt Eisenach** durch.

Politischer Höhepunkt der Reise war das Gespräch mit **Bildungsministerin Christine Lieberknecht**.

Im Mittelpunkt ihres einführenden Referates stand die Lage der ev. Kirche in den neuen Bundesländern im politischen Spannungsfeld nach der Wende. Von der selbst für die Kirche nur schwer zu handhabenden neuen Freiheit der Mitgestaltung und Mitverantwortung über die strittige Frage des Religionsunterrichtes bis hin zur überraschend neuen Spannung zwischen katholischen und protestantischen Interessen im Bereich der Politik reichte das weitgespannte Spektrum der Diskussion.

In allen Ausführungen von Ministerin Lieberknecht klang durch, daß jetzt erst, nach mühsamen und oft verletzenden Anfängen, der eigentliche Vereini-



Besichtigung der Wartburg

gungsprozeß beginnt, auch in der CDU – **weg von dem bloß äußerlichen Organisieren der Wende hin zu einem Prozeß der inneren Wandlung**, der geistigen und geistlichen Umkehr. So ist nicht die Geneigtheit des evangelischen Klerus Ziel der neuen EAK-Bemühungen, sondern das Ringen um Wahrheit und Klarheit des Evangeliums als 'Grundgesetz' des EAK und letztlich des politischen Handelns der CDU. Daß es dabei nicht zur Aufspaltung in evangelische und katholische Interessen gehen darf, sondern um das gemeinsame Bemühen von aktiven Christen aller Denominationen, war eine entscheidende Intention in den Ausführungen von Ministerin Lieberknecht.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, MdB ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Aus dem Inhalt:

Verantwortliche Flüchtlingspolitik	1
Asylverfahren in Deutschland	3
Asylrecht im vereinten Europa	5
Einwanderungspolitik in Israel	6
Probleme der Jugendarbeit in den neuen Ländern	7
Über die Sprengkraft religiöser Blindgänger	9
EKD-Synode	11
EAK-Deutschland-Forum	13
Aus unserer Arbeit	14

Unsere Autoren:

Barbara John
Potsdamer Str. 65
1000 Berlin 30

Volker Bouffier, MdL
Walltorstr. 57
6300 Gießen

Jochen Borchert, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Klaus Weigelt
Urfelder Str. 226
5047 Wesseling

Rüdiger Scholz
Annaberger Str. 283
5300 Bonn 2

Thomas Jan Kück
Schlegelweg 7
3400 Göttingen

Familie ist in

Familienministerin Hannelore Rönsch stellt Studie „Stabilität und Wandel familiärer Lebensformen“ vor

Die Familienstrukturen sind nach wie vor allgemein intakt, d.h., es besteht ein dichtes Geflecht familiärer Beziehungen. Die Behauptung von einer „Krise der Familie“ hält exakten Daten nicht stand. Aber die Formen des familiären Zusammenlebens wandeln sich und regional deutlich unterschiedlich. Der Wunsch nach Kindern besteht unverändert, wird aber immer später und immer weniger realisiert. Das Familienleben überschreitet aber die Grenzen des einzelnen Haushalts. Zu zweit oder alleine im Haushalt zu leben, bedeutet nicht unbedingt allein zu sein. Der Trend zu Einpersonenhaushalten oder Kleinfamilien ist nicht durch geänderte Familienformen begründet, sondern hat seine Ursachen in geänderten Wohnformen, unter denen weiterhin ein intensives Familienleben gepflegt wird....

Die Familie und die Kinder haben weiterhin einen hohen Stellenwert, dabei nimmt der Wunsch nach Selbstentfaltung zu. Neben der hohen Wertschätzung der Familie hat das Verhältnis der Einstellung zu Werten wie Sicherheit, Ordnung und gesundes Wirtschaftswachstum im Vergleich zu Werten wie Selbstentfaltung, Mitbestimmung und politische Teilhabe deutlich zugunsten des letzteren verändert....

Der Wunsch nach Kindern ist nach wie vor vorhanden, doch bleibt die realisierte Kinderzahl hinter dem Wunsch meist zurück. .. Von den 30- bis 34jährigen wollen zwar nur sieben Prozent kein Kind, jedoch haben 31 Prozent noch keines. 56 Prozent möchten zwei Kinder, aber nur 26 Prozent haben zwei Kinder. Auch bei älteren Befragten bleibt die Realisierung meist hinter dem Wunsch zurück. Die Diskrepanz ist insbesondere bei Frauen mit Abitur sehr hoch....

Familienministerin **Rönsch** bewertete die Ergebnisse der Studie wie folgt:

Familie ist differenzierter, als wir das bisher wußten. Die Untersuchung zeigt auch deutliches regionales Gefälle der Familienstrukturen. Ich bewerte dies durchaus positiv! Nichts wäre verkehrter, als wenn die Familienpolitik hier mit Gleichmacherei antworten würde. Familienpolitik muß dies vielmehr anerkennen, indem sie ein **differenziertes Spektrum von familienpolitischen Leistungen** anbietet.

Wenn etwa die Untersuchung in weiten Regionen den Wunsch eines Elternteils nach zeitweiser Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Erziehung der Kinder feststellt, so muß Familienpolitik hierauf eine Antwort geben. Sie darf diese Eltern nicht einfach auf die Doppelbelastung von Kindererziehung und Beruf verweisen. Die Bundesregierung gibt die zutreffende Antwort mit der Verlängerung des Erziehungsgeldes auf zwei Jahre und des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre.

Wenn in anderen Regionen der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch schon bald nach der Geburt eines Kindes von besonders vielen Befragten geäußert wird, so bedeutet auch dies eine Herausforderung für die Familienpolitik. Diese jungen Familien können und sollen nicht in einen Erziehungsurlaub hineingedrängt werden, wenn sie dies nicht wollen. Die Bundesregierung wird vielmehr das in ihrer Kraft Stehende tun, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich werden zu lassen. (**Auszüge aus der Erklärung des Familienministeriums**) Die Studie, 600 Seiten, ist im Buchhandel erhältlich.